Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 23

Artikel: Die Rehabilitierungen in Rumänien : der vieldeutige Fall Luka

Autor: Popescu, Leonida

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076603

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Rehabilitierungen in Rumänien

Der vieldeutige Fall Luka

Von Leonida Popescu

Rumänien, das bereits in die Stationierung von ersten sowjetischen Mig-Staffeln auf seinem Territorium einwilligen musste, ist von jetzt an gezwungen, sich aussenpolitisch still zu verhalten. Innenpolitische Indizien erhalten unter diesen Umständen vermehrtes Gewicht. Zu ihnen gehört die Rehabilitierung des 1952 gesäuberten Parteichefs Vasile Luka, die mit Verspätung auf die eigentliche Rehabilitierungswelle dieses Sommers erfolgte, einige Wochen nach der Besetzung der CSSR durch die Sowjets. Nun hatte man Luka seinerzeit abwechslungsweise einen «Titoisten» und einen «Moskowiter» genannt, und es ist natürlich nicht unwesentlich, ob diese Persönlichkeit Moskau zum Trotz oder Moskau zuliebe wieder aufgewertet wird. Aber es gibt noch eine dritte Möglichkeit, auf die unser rumänischer Korrespondent besonders eingeht: Luka gehörte der ungarischen Minderheit an, deren latente Unzufriedenheit dem Kreml jederzeit einen Vorwand zum Eingreifen geben könnte.

Den Sommer durch hat die rumänische KP in mehreren Etappen die ausgestossenen und grösstenteils liquidierten Vorkämpfer des Kommunismus in Rumänien rehabilitiert. Sie waren zum Teil schon zwischen den beiden Weltkriegen den Intrigen des Komintern erlegen oder den Säuberungswellen Stalins zum Opfer gefallen, zum andern Teil auch nach der Uebernahme und Festigung der Macht in der Nachkriegszeit bei den inneren Machtkämpfen unterlegen.

So geriet zu guter Letzt auch der seinerzeitige KP-Generalsekretär Vasile Luka auf die Liste der Rehabilitierten.

Noch im Mai 1951, am 30. Jahrestag der angeblichen Gründung der rumänischen KP, hatte man Vasile Luka und Ana Pauker als die beiden Parteimitglieder gewürdigt, die seit der Gründung der KPR ununterbrochen der Parteilinie treu geblieben waren. Kaum ein Jahr später waren sie von der Säuberung ereilt worden, dem gemeinsamen Schicksal der meisten Vorkämpfer des Kommunismus.

Titoist oder Moskowiter?

Gheorghiu-Dej, der Sieger im inneren Machtkampf, beschuldigte damals, im Jahr 1952, Vasile Luka der Sabotage an wirtschaftlichen Massnahmen, der kleinbürgerlichen Abweichung und titoistischer Ideen. Vier Jahre später, nämlich nach dem 20. KPdSU-Kongress, erhielten die Anschuldigungen plötzlich einen ganz anderen Inhalt. Nun erklärte Gheorghiu-Dej, mit der Säuberung von Luka und Pauker sei in Rumänien schon damals die Entstalinisierung und der Abbau des Personenkults durchgeführt worden, mit vier Jahren Vorsprung auf die Sowjetunion. Stolz wies nun die Parteiführung auf die Ausnahmeerscheinung hin, dass in Rumänien der Stalinismus noch zu Lebzeiten Stalins liquidiert worden sei und dass die KPR schon lange vor der KPdSU den neuen Weg zum Kommunismus eingeschlagen habe.

Ohne Zweifel waren Vasile Luka und Ana Pauker in der Tat die prägnantesten Leiter des moskowitischen Flügels in der rumänischen Partei gewesen. Nur ergibt sich daraus noch nicht, dass die Rehabilitierung von Luka automatisch eine Aufwertung des seinerzeitigen Moskowitertums bedeutet. Als Nicolae Ceausescu 1968 seinen Vorgänger Gheorghiu-Dej des Stalinismus bezichtigte, musste nach den Spielregeln der Dialektik die Rehabilitierung seiner Opfer fällig werden. Freilich hat man sich Gedanken darüber gemacht, warum der Fall Vasile Luka eben im September 1968 zur Behandlung kam, einige Wochen nach dem Ueberfall der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei und in jenen Tagen, als Rumänien jeden Augenblick das Schicksal der CSSR hätte teilen können. (Unterdessen scheint sich die UdSSR mit erfolgreicher Einschüchterung und nur allmählich gesteigerter Truppenpräsenz in Rumänien vorderhand zufrieden zu geben.) Sollte in jenem Augenblick die Rehabilitation dem *Moskowiter* Luka gelten, als eine Beschwichtigungsgeste dem neostalinistischen Kreml gegenüber, oder galt sie, bezugnehmend auf den alten Anklagepunkt, dem *Titoisten* Luka, sozusagen als Solidaritätsbezeugung an die Adresse Belgrads?

Man kann natürlich annehmen, dass es Ceausescu recht gewesen sein mochte, wenn man sowohl in Belgrad als auch in Moskau die im betreffenden Fall freundlichere Version als gegeben ansah, oder angesichts der aussenpolitischen Mehrdeutigkeit der Massnahme die Sache einfach als interne Angelegenheit Rumäniens auf sich beruhen liess, sofern der Kreml überhaupt noch dazu imstande ist, in Osteuropa irgennd etwas als interne Angelegenheit des betreffenden Staates gelten zu lassen. Aber es gibt — und dies ist eine interne Angelegenheit von aussenpolitischem Belang — noch eine dritte Möglichkeit: Wollte Bukarest die Ungarn Siebenbürgens beschwichtigen, da Luka dieser Minderheit angehörte?

Motiv ungarische Minderheit

Zunächst scheint gerade diese letzte Variante am unglaubwürdigsten zu sein, namentlich deshalb, weil Luka von seinen siebenbürgischen Landsleuten mindestens so gehasst worden war wie von der rumänischen Bevölkerung. Und doch kann das Motiv nicht einfach von der Hand gewiesen werden. Besonders heute nicht, da die Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien wieder über die Grenzen hinaus von Interesse ist. (Die fast zwei Millionen Ungarn in Rumänien gerieten infolge der Friedensverträge nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg unter die Hoheit Bukarests. Ihr grösster Teil lebt in geschlossenen Siedlungsgebieten in Siebenbürgen.) Die Unzufriedenheit der siebenbürgischen Ungarn mit der rumänischen Herrschaft könnte aber in diesen Zeiten dem Kreml nach Belieben zu einem willkommenen Vorwand verhelfen, in Rumänien einzugreifen. (Falls Moskau allerdings ein noch direkteres Eingreifen als das bereits gehandhabte politische Eingreifen beschliesst, werden sich natürlich auch sonst Vorwände finden lassen; den Kremlführern ist die Glaubwürdigkeit schon ziemlich egal geworden.)

Seit fast 50 Jahren ist Siebenbürgen der Zankapfel zwischen Ungarn und Rumänien. Im Lauf der Geschichte gehörte es ein Jahrtausend lang zur ungarischen Krone oder war, während der Türkenherrschaft in Ungarn, ein selbständiges Fürstentum. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es an Rumänien. 1940 wurde im «Wiener Schiedsspruch» mit dem Plazet Hitlers und Stalins (die damals Verbündete waren) ein salomonisches Urteil gefällt: Nordsiebenbürgen, wo die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ungarisch war, wurde Ungarn zugesprochen, während Südsiebenbürgen mit seiner überwiegend rumänischen Mehrheit entsprechend in Rumänien blieb.

Als 1944 die Rote Armee dieses Gebiet besetzte, blieb die Frage Siebenbürgens einstweilen offen. Die Komintern, das heisst Stalin, hatte zwei Jahrzehnte lang das Selbstbestimmungsrecht der ungarischen Bevölkerung befürwortet, auf Grund der Leninschen Lehre über die nationalen Minderheiten. Im März 1945 jedoch entschied Stalin auf Grund der sowjetischen Machtinteressen. In Ungarn war die kommunistische Machtergreifung dank Matyas Rakosi, dem besten Schüler Stalins, nicht nur eine beschlossene, sondern auch eine gewährleistete Sache. Hingegen benötigte die völlig bedeutungslose rumänische KP noch weitgehende Unterstützung, um so mehr, als die Bevölkerung hinter dem König und den historischen Parteien Juliu Manius und Bratianus stand. So verordnete Stalin die Rückgabe ganz Siebenbürgens an Rumänien, um der prokommunistischen Regierung Petru Groza, am 6. März 1945 durch direkte sowjetische Intervention in Bukarest eingesetzt, Ansehen zu verleihen.

Nationalitätenprotektor aus Gleichgültigkeit

Zur Zeit der sogenannten «Doppelmacht», nämlich des Königs einerseits und der Regierung Groza anderseits, war man bemüht, die ungarischen Merkmale Siebenbürgens, die sich in den vier Jahren ungarischer Herrschaft natürlich gefestigt hatten, in aller Eile wieder zu verwischen.

Dem soweit echten Internationalisten Luka war die Sache so oder so wahrscheinlich im Grunde genommen recht gleichgültig. Er war überzeugt, dass in einem sozialistischen Rumänien die Nationalitätenfrage keine Rolle mehr spielen werde; die totale Gleichberechtigung würde die Gegensätze nicht nur zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, sondern auch zwischen den verschiedenen nationalen Gruppen ausschalten. Aber immerhin war er zu jener Zeit der Jahre 1945 bis 1947 im Rahmen seiner kommunistischen Gesinnung bereit, die ungarische Minderheit gegen gewisse Uebergriffe jener rumänischen Behörden, die noch nicht oder noch nicht ganz unter kommunistischer Kontrolle standen,

zu schützen. Und an diesen Aspekt seiner Tätigkeit muss man sich heute, zur Zeit seiner Rehabilitierung, wieder erinnern.

Unter seiner Aegide wurde die Ungarische Volksunion ins Leben gerufen, deren Vorsitzender Gyarfas Kurko zu seinen engsten Freunden gehörte. Diese Vereinigung unterstützte im Rahmen des Möglichen vorsichtig und in bescheidenem Ausmass die Weiterexistenz verschiedener wirtschaftlicher oder kultureller Organisationen der Ungarn und ergriff Partei für manche Bauern und Kleingutsbesitzer, die sich gegen ungerechte Enteignungen wehrten. Auch ist es der Ungarischen Volksunion und Vasile Luka persönlich gutzuschreiben, dass die ungarische Universität in Klausenburg erhalten blieb (bis 1957; siehe dazu vom gleichen Verfasser die Untersuchung im KB Nr. 22).

Romanisierung nach 1948

Anderseits jedoch schalteten Kurko und seine Clique die Sozialdemokraten und die Parteilosen aus der Führung der Ungarischen Volksunion aus. So wurde aus dieser politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisation aller Ungarn in Rumänien — denn das hätte die Vereinigung nach ihren ursprünglichen Zielen sein sollen — alsbald eine der üblichen Massenorganisationen unter strikter kommunistischer Leitung.

Doch selbst diese bescheidene Unterstützung, die Kurko mit der Hilfe von Luka den ungarischen Institutionen gewährte, wurde zunichte, als 1948 die KP die Macht endgültig ergriff, nachdem König Mihail am 30. Dezember 1947 aus dem Land verjagt worden war. Luka glaubte offensichtlich in allem Ernst, die Lage des Ungarntums in Siebenbürgen werde sich bessern, sobald erst die historischen Parteien aus ihren Machtpositionen verdrängt seien. Indessen nahm nunmehr die systematische Romanisierung recht eigentlich ihren Anfang, und weil sie unter dem Vorwand der Sozialisierung durchgeführt wurde, liess sich ihr nichts entgegensetzen. So wurde das ganze ungarische Schulwesen, das auf den protestantischen, katholischen und unitarischen Kirchen beruht hatte, verstaatlicht. Die grossen Genossenschaftszentralen mit unzähligen Produktionsbetrieben, aus den Anteilen kleiner ungarischer Bauern errichtet, erlitten dasselbe Los.

Natürlich lässt sich nicht behaupten, dass es den ungarischen Institutionen besser ergangen wäre, wenn im Machtkampf, der innerhalb der Partei ausgebrochen war, nicht Gheorghiu-Dej über Vasile Luka gesiegt hätte. Doch bleibt es eine Tatsache, dass die erste Phase dieses Kampfes gegen Luka die Auflösung der Ungarischen Volksunion mit sich brachte. Plausibel genug, war er doch sozusagen ihr Gönner gewesen. Gyarfas Kurko wurde verhaftet und mit ihm der grösste Teil der führenden Persönlichkeiten des Ungarntums in Siebenbürgen. Opfer der Säuberung wurden aber nicht nur jene, welche mit mehr oder weniger Begeisterung die Unterstützung von Kurko und Luka in Anspruch genommen hatten, sondern auch andere, die gerade im heftigsten Gegensatz zur Ungarischen Volksunion gestanden hatten. Sie hatten die Organisation unter der Aegide dieser KP-Führer als Verrat am Ungarntum empfunden, und das machte sie mindestens ebenso verdächtig wie ihre ungarischen Gegenspieler im Schatten des gestürzten Kurko.

«Verschwörergemeinschaft» — sehr heterogen

Auch in der bizarren Welt der konstruierten Prozesse ist wohl jene Verhandlung beispiellos, die 1950 in Klausenburg stattfand. Einer gemeinsamen staatsfeindlichen Verschwörung waren hier Persönlichkeiten angeklagt, die untereinander aufs tiefste verfeindet waren. Ihr gemeinsame Eigenart bestand lediglich darin, dass sie alle Ungarn waren. Da sassen auf der Anklagebank nebeneinander Aron Marton, der römisch-katholische Bischof von Siebenbürgen, Gyarfas Kurko, der Kommunist (eine Ironie des Schicksals war es, dass beide Vettern waren und aus dem gleichen Dorf stammten; aber jedermann wusste, dass sie seit ihrer Kindheit nicht miteinander gesprochen hatten — so tief war ihre Feindschaft), und Istvan Lakatos, ein sehr begabter und populärer Sekretär der Sozialdemokratischen Partei. Auch er stand übrigens in heftigstem Gegensatz sowohl zu Marton als auch zu Kurko. Das hinderte das Gericht jedoch nicht, sie wegen einer «gemeinsamen Verschwörung» zu 25 Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Die zahlreichen übrigen Angeklagten der verschiedensten Stände und Weltanschauungen kamen mit Strafen von 3 bis 15 Jahren davon.

Das war erst das Vorspiel zum Sturz von Luka, und er selbst ahnte wohl nicht, dass mit diesem konstruierten Prozess sein eigenes Grab geschaufelt wurde. Kaum waren seine «ungarischen Verbündeten» hinter Schloss und Riegel, wurde sein engster Mitarbeiter und Stellvertreter, Sandor Jakab, der einstige Sekretär der KP Nordsiebenbürgens, verhaftet und dann Luka selbst.

Jetzt, da Luka post mortem rehabilitiert ist, stellt sich die Frage, was mit denen geschehen wird, die seinerzeit als seine wirklichen oder angeblichen Verbündeten die Opfer der stalinistischen Säuberung wurden.

Aron Marton, der katholische Bischof, konnte schon vor längerer Zeit in seine bischöfliche Residenz zurückkehren. Gyarfas Kurko und Istvan Lakatos sind jedoch bis zum heutigen Tag nicht freigelassen worden. Kurko soll im Gefängnis geisteskrank geworden sein, und Lakatos war im vergangenen Jahr angeblich noch im Gefängnis von Pitesti. Ende der fünfziger Jahre hatte die englische Labour-Partei eine Aktion zur Freilassung führender Sozialdemokraten lanciert, die nicht ohne Erfolg war. So wurden etwa Istvan Bruder und Ferenc Lengyel aus der Haft entlassen. Lakatos profitiert freilich nicht davon; sein grösster Frevel war seine antisowjetische Einstellung gewesen.

Dem Kreml einen Vorwand nehmen

Wenn der tote Luka rehabilitiert wird, müssten seine lebenden «Komplizen» eigentlich auch zu ihrem Recht kommen. (Der bekannte Universitätsprofessor Jozsef Venczel z. B. lebt seit seiner Haftentlassung im Jahr 1961 im grössten Elend; er kopiert Noten und gibt Kindern Nachhilfestunden, da ihm eine feste Anstellung verweigert wurde.)

Bei alledem geht es nicht nur um die Gerechtigkeit, sondern auch um die Staatsräson. In diesen Zeiten, da die Unberechenbarkeit des Kremls die verschiedensten Aktionen möglich macht, müsste die rumänische KP alle vernünftigen Massnahmen treffen, die Kluft zwischen dem rumänischen Volk und seinen nationalen Minderheiten zu überbrücken. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben ein gutes Beispiel geliefert. Die 600 000 Ungarn in der Slowakei standen und stehen in der Zeit der Bedrängnis vorbehaltlos zum tschechoslowakischen Staat. Am 50. Geburtstag der Tschechoslowakei vor einigen Wochen ist ihre Gleichberechtigung in der neuen Konstitution des föderativen Staates verankert worden. Die rumänische Regierung würde offensichtlich gut daran tun, eine ehrliche Aussöhnung mit ihrer Minderheit anzustreben, bevor Moskau Nutzen aus der Lage zieht. Denn sicher wären die Ungarn in Rumänien die letzten, die unter den heutigen Bedingungen Moskaus «brüderliche Hilfe» in Anspruch nehmen möchten. ■

Als Luka (links, mit Georgescu und Bodnarasch) noch «Schutzherr» der Ungarn war.